





ANTISEMITISMUS AN DEUTSCHEN HOCHSCHULEN: HANDLUNGSBEDARF UND LÖSUNGSANSÄTZE

REPORT

Autor
Stefan Raguse

Deutsche Universitäten sehen sich mit einer wachsenden Herausforderung konfrontiert: Antisemitismus tritt zunehmend offen auf und prägt die Atmosphäre vieler Campusstandorte. Regelmäßig kommt es zu Störungen von Veranstaltungen durch Pro-palästinensische Studenten und Studentinnen, Hörsaalbesetzungen und der Verbreitung antisemitischer Inhalte durch Flyer und Plakate. Diese beinhalten oft eine Negierung des Existenzrechts Israels oder Aufrufe zur Gewalt, was die Sicherheit und das Wohlbefinden aller, aber vornehmlich jüdischer oder israelischer Studenten und Studentinnen erheblich beeinträchtigt.

Seit dem 7. Oktober 2023 ist die Situation für jüdische Studenten und Studentinnen besonders bedrohlich. Neben physischen Anfeindungen auf dem Campus, sehen sie sich vermehrt mit Hasskampagnen und Drohungen konfrontiert.

Wenn Hochschulen zum unsicheren Ort werden

Eine vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in Auftrag gegebene Befragung unter 2.300 Studierenden brachte alarmierende Ergebnisse ans Licht: Rund 8 Prozent der befragten Studenten und Studentinnen teilen israelbezogene antisemitische Einstellungen, ein Anteil, der in etwa dem in der Gesamtbevölkerung entspricht. Besonders besorgniserregend ist, dass ein Drittel der jüdischen Studenten und Studentinnen angibt, selbst Diskriminierungserfahrungen gemacht zu haben. Darüber hinaus berichteten mehr als die Hälfte der jüdischen Studenten und Studentinnen, Zeugen und Zeuginnen von antisemitischen Diskriminierungen gewesen zu sein.[1] Diese Erkenntnisse werden durch Berichte der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) ergänzt, die systematisch antisemitische Vorfälle dokumentiert und deren Ausmaß sichtbar macht. Laut dem Jahresbericht 2023 des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) wurden insgesamt 471 antisemitische Vorfälle in Bildungseinrichtungen dokumentiert.[2] Die Ergebnisse verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf, sowohl auf institutioneller als auch auf gesellschaftlicher Ebene, um jüdische Studenten und Studentinnen zu schützen und antisemitischen Einstellungen entgegenzuwirken.

Studien zeigen, dass sich rund 44 Prozent der jüdischen Studierenden und Absolventen unsicher fühlen, ihre jüdische Identität offen zu zeigen.[3] Zudem vermeiden jüdische Studenten und Studentinnen bestimmte Bereiche und Veranstaltungen auf dem Campus aus Angst vor antisemitischen Vorfällen. Die psychischen Folgen sind erheblich, da viele Studierende feindseligen Narrativen in Seminaren, sozialen Medien und alltäglichen Gesprächen ausgesetzt sind. Diese Ängste führen dazu, dass manche ihre jüdische Identität vollständig verbergen, was zu einem wachsenden Gefühl der Ausgrenzung und zu psychischen Gesundheitsproblemen führt.

Zwischen Ignoranz und Unsicherheit: Der Umgang der Hochschulen mit Antisemitismus

Trotz dieser erschreckenden Entwicklungen handeln viele Hochschulen nur zögerlich. Die Reaktionen auf Vorfälle bleiben oft unzureichend, und der Einsatz vorhandener Mechanismen wie des Hausrechts oder rechtlicher Konsequenzen erfolgt selten. Dabei mangelt es häufig nicht nur an Strukturen zur Bekämpfung von Antisemitismus, sondern auch an einem Bewusstsein für dessen unterschiedliche Erscheinungsformen und Ursachen.
Bereits die Unterscheidung zwischen legitimer Kritik





an Israel und israelbezogenem Antisemitismus fällt vielen Menschen schwer. An Universitäten wird häufig unter dem Deckmantel akademischer Debatten oder der Meinungsfreiheit antisemitische Rhetorik geäußert, die sich gegen jüdische Studenten und Studentinnen richtet. Dies schafft ein feindliches Umfeld, in dem berechtigte Kritik an israelischer Politik von antisemitischen Narrativen überlagert wird. Zusätzlich erschwert die Problematik externer Einflussnahme die Situation: Bei Protesten an Berliner Universitäten wurde beispielsweise festgestellt, dass rund zwei Drittel der Beteiligten keine Studenten der Universitäten waren, sondern hochschulfremde Personen, die gezielt Stimmung machten und antisemitische Narrative verbreiteten. So wurde zum Beispiel bekannt, dass bei einer Besetzung des Innenhofes der Freien Universität Berlin 77 Strafanzeigen gestellt wurden. Lediglich 23 Täter waren aber an der Hochschule eingeschrieben.[4] Für die betroffenen Hochschulen bedeutet dies nicht nur eine Herausforderung in der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung auf dem Campus, sondern auch eine Belastung für den akademischen Diskurs. Denn durch die externe Einflussnahme wird die Debattenkultur gestört und der eigentliche Charakter der Universität als Ort des Dialogs und der Wissenschaft untergraben.

Handlungsempfehlungen

Innerhalb der Konferenz Actions Matter - THE SUMMIT mit dem Titel „Countering Antisemitism: From National Strategies to Local Implementation“ wurde in mehreren Workshops und Panels ein Action Plan zur Bekämpfung von Antisemitismus entwickelt. Der Workshop „Universities as a Place for Dialogue? Antismetism on Campuses“ widmete sich den spezifischen Problemen und Lösungsansätzen im Hochschulbereich und diskutierte Vorschläge für Maßnahmen im Umgang mit Antisemitismus auf dem Campus. Das Panel brachte hochrangige Experten und Expertinnen aus verschiedenen Ländern zusammen. Zu den Referenten gehörten Botschafter a.D. Emmanuel Nahshon, Vertreter der Association of Israeli Universities aus Israel, Hanna Esther Veiler, Präsidentin der Union jüdischer Studierender in Deutschland, Joani Reid MP, Vorsitzende der überparteilichen Parlamentsgruppe gegen Antisemitismus im britischen Parlament, sowie Dr. Joshua Krug, Gastprofessor an der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg. Moderiert wurde das Panel von Sima Vaknin-Gil ehemalige Generaldirektorin des israelischen Ministeriums für strategische Angelegenheiten.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Workshops kamen zu dem Ergebnis, dass Universitäten eine besondere Verantwortung tragen, da sie nicht nur Orte des akademischen Diskurses, sondern auch Räume des sozialen Miteinanders sind. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, müssen Hochschulen entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen und Maßnahmen ergreifen, die ein sicheres und inklusives Umfeld für alle Studierenden gewährleisten. Die folgenden Handlungsempfehlungen bieten konkrete Ansätze, wie dies gelingen kann.

1

Stärkung der Datenerfassung und Dokumentation

Zur systematischen Erfassung antisemitischer Vorfälle sollten unabhängige Zentren und Meldestellen eingerichtet werden, die speziell für Universitätscampi zuständig sind. Ergänzend dazu ist die Einführung zentraler Datenbanken notwendig, um die Meldung und den Austausch von Vorfällen zwischen Universitäten und staatlichen Stellen zu gewährleisten. Diese Infrastruktur schafft eine fundierte Basis für Analysen und zielgerichtete Maßnahmen.

2

Konsequente Ahndung antisemitischer Vorfälle

Universitätsordnungen sollten klare und durchsetzbare Regelungen enthalten, um antisemitisches Verhalten sowie diskriminierende Rhetorik zu sanktionieren. Beispiele hierfür sind Disziplinarmaßnahmen, die von Verwarnungen bis hin zur Exmatrikulation reichen können. Zudem sollten bestehende Regularien und gesetzliche Grundlagen konsequent genutzt werden, um antisemitische Handlungen zu ahnden.







3

Etablierung von Lehrstühlen und Forschungsschwerpunkten zu Israelstudien, Antisemitismusprävention und jüdischer Kultur sowie gezielte Fortbildung und Sensibilisierung des Universitätspersonals

Schulungsprogramme für Mitarbeiter sollten entwickelt werden, um die Erkennung und Bekämpfung von Antisemitismus zu fördern. Themen zu diesen Schulungsprogramme sollten sein: jüdisches Leben, Bekämpfung von Antisemitismus, die Shoah und Israel als jüdischer Staat. Generell sollten Institute für Jüdische bzw. Israel Studien, Antisemitismus- und Holocaustforschung für alle errichtet werden. Die dort gegebenen Vorlesungsformate und Workshops werden ein tieferes Verständnis der historischen Wurzeln und der fortdauernden Präsenz von Antisemitismus vermitteln können und tragen zu einer Sensibilisierung zu dieser Thematik bei. Diese Maßnahmen tragen präventiv dazu bei, das Bewusstsein für die Problematik auf individueller und institutioneller Ebene zu schärfen.

4

Stärkung jüdischer Stimmen

Universitäten sollten jüdische Studierendenorganisationen mit Ressourcen und Unterstützung fördern, um ihre Interessenvertretung zu stärken. Gleichzeitig sollten „sichere Räume" geschaffen werden, in denen jüdische Studenten und Studentinnen ihre Erfahrungen angstfrei teilen und diskutieren können. Der Dialog zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Mitgliedern der Universitätsgemeinschaft sollte aktiv gefördert werden.

5

Einführung eines Antisemitismus-Beauftragten

Auf Universitäts- oder Fakultätsebene sollte eine feste Stelle für einen Antisemitismus-Beauftragten eingerichtet werden. Diese Person fungiert als unabhängiger Ansprechpartner für Vorfälle und Fragen und wird in die Entwicklung, Überwachung und Sicherstellung von Richtlinien (z. B. IHRA Definition) gegen Antisemitismus eingebunden. Durch diese zentrale Rolle wird die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Maßnahmen gesteigert.

6

Einführung und Anwendung der IHRA-Definiton

Hochschulen in Deutschland sollten die IHRA-Arbeitsdefiniton anerkennen und sie konsequent anwenden. Nur durch eine verbindliche Anwendung der IHRA-Definition kann sichergestellt werden, dass Hochschulen ein diskriminierungsfreier Raum bleiben und antisemitische Positionen nicht durch öffentliche Mittel unterstützt werden. Dies schützt jüdische Studenten und Studentinnen sowie Wissenschaftler und stärkt die akademische Integrität.

Fazit und Ausblick

Antisemitismus an deutschen Universitäten stellt eine tiefgreifende Herausforderung dar, die entschlossenes Handeln erfordert. Die dargelegten Handlungsempfehlungen unterstreichen die Notwendigkeit eines systematischen und umfassenden Ansatzes. Dazu gehören die konsequente Datenerfassung, die Ahndung antisemitischer Vorfälle, gezielte Schulungen und auch die Förderung jüdischer Stimmen auf dem Campus.

Mit der Einrichtung von Antisemitismus-Beauftragten sowie der Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für die Problematik kann ein sicheres und inklusives Umfeld geschaffen werden, das alle Studenten und Studentinnen schützt und den demokratischen Werten gerecht wird. Es liegt an den Universitäten, ihre Ver-

antwortung wahrzunehmen und konkrete Schritte zu unternehmen, um Antisemitismus wirksam entgegenzutreten. Antisemitismus ist kein Problem einzelner Gruppen, sondern ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das vor allem die Mehrheitsgesellschaft betrifft und uns alle angeht. Bildung spielt hierbei eine zentrale Rolle, da sie dazu beitragen kann, die Fähigkeit zur differenzierten Urteilsbildung zu fördern. Ziel muss es sein, ein Verständnis dafür zu schaffen, wie man zwischen gerechtfertigter Kritik und israelbezogenem Antisemitismus unterscheidet. Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass Aufklärung allein nicht ausreicht. Ohne ein entschlossenes Handeln und das Schaffen klarer Strukturen zur Bekämpfung von Antisemitismus bleibt Bildung in ihrer Wirkung begrenzt.

QUELLENVERZEICHNIS

1. **Hinz, Thomas:** „Studentisches Meinungsklima zurGewalteskalation in Israel und Gaza und Antisemitismus an deutschen Hochschulen“ 29.01.2025 in *https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/DE/2024/20240314_studie_antisemitismus_an_hs.html?nn=916334*

2. **Bundesverband RIAS:** „Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023“ 29.01.2025 in *https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf*

3. **Ballaschk, Martin:** „Zwei Drittel waren keine eigenen Studierenden. Hochschulfremde bestimmen Proteste an Berliner Unis“ 29.01.2025 in *https://www.tagesspiegel.de/wissen/zwei-drittel-waren-keine-studierenden-hochschulfremde-bestimmen-proteste-an-berliner-unis-11845172.html*

4. **Campanile, Carl:** „Massive number of college students are afraid to admit they’re Jewish as antisemitism soars on campuses: survey“ 29.01.2025 in *https://nypost.com/2024/08/26/us-news/massive-number-of-college-students-are-afraid-to-admit-theyre-jewish-as-antisemitism-soars-on-campuses-survey/?utm_source=chatgpt.com*

